

PPP-Projekt Stadtmuseum – Fragen und Perspektiven

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kolenen, liebe Freundinnen und Freunde,

ich freue mich, dass Sie so zahlreich erscheinen sind und damit ihr Interesse an der Bürgerinitiative Gemeinwohl hat Vorfahrt bekunden. zu meinem Thema „PPP-Projekt Stadtmuseum – Fragen und Perspektiven“ kann ich eine erfreuliche Mitteilung machen. Die Bürgerinnen und Bürger Wiesbadens können sich freuen. Sie bekommen ein Museum geschenkt! Ein Museum nachdem Plan des Stararchitekten Helmut Jahn, der einen Hauch der großen weiten Welt von Sony-Center und Messturm nach Wiesbaden bringen soll. Das hat Kulturdezernentin Roselore Scholz in einem Radio-Interview im Blauen Salon mit Jutta Szostak bei Radio Rheinwelle letzten Dienstag angekündigt. Das Museum sei ein Geschenk der OFB und soll nach dem designierten Museumsdirektor Dr. Berd Blisch mitsamt seinen Objekten für nicht weniger als die Ewigkeit stehen. Ja, das haben sie gesagt. Insofern bräuchte ich jetzt hier eigentlich nichts mehr sagen, denn einem geschenkten Gaul guckt man bekanntlich nicht ins Maul.

Wenn ich nun trotzdem ein paar Fragen aufwerfen möchte, dann weil es auch ganz anders lautende Informationen gibt, und ich deshalb den hingeworfenen Aussagen im Radiointerview nicht so ganz traue, wie Sie, liebe Anwesende, das sicher auch nicht tun.

Das Stadtmuseum in Wiesbaden hat mittlerweile eine eigene Geschichte. Erste Überlegungen wurden 1986 in der Zeit des Kulturdezernats von Margarete Goldmann angestellt und ein erstes Konzept für ein „arbeitendes Museum“ in Auftrag gegeben. Ich war damals gerade als junge Historikerin in die Heimatstadt Wiesbaden zurückgekehrt, der Geschichtswerkstatt Wiesbaden beigetreten und hoch erfreut über diese Initiative. Margarete Goldmann wurde bei der nächsten Kommunalwahl abgewählt, aus einem Stadtmuseum wurde zunächst nichts, wenn auch der folgende Stadtrat Riedle, auch der zeitweise kommissarische Kulturdezernent Wolfgang Herber dem Projekt durchaus positiv gegenüberstanden, die Kassen waren damals nach der Wende einfach leer. In der Zeit von Kulturdezernentin Rita Thies Ende der 1990er Jahre besserte sich die finanzielle Lage der Stadt. Thies griff das Thema engagiert auf. Das Projektbüro Stadtmuseum wurde eingerichtet und ein neues Museumskonzept erarbeitet. Später, in der zweiten Amtszeit von Rita Thies in der Jamaika-Koalition wurde ein wissenschaftlicher Beirat gebildet, der das vorläufig

letzte Konzept vorlegte und nach einer überregionalen Ausschreibung wurde ein sog. Gründungsdirektor eingestellt und ein Architektenwettbewerb für einen Museumsneubau an der Wilhelmstraße ausgeschrieben. Der von der Jury ausgewählte Entwurf, der zur Ausführung kommen sollte, gefiel nicht jedem, aber er war umfassend, berücksichtigte bei der Raumplanung im Detail die Funktionen, die das Museum nach dem vorliegenden Konzept haben sollte. Dies war ein anspruchsvolles Vorhaben, denn das Land Hessen hatte der Stadt Wiesbaden die berühmte Sammlung Nassauischer Altertümer übergeben und sich deshalb bereitgefunden, 5 Mio. Euro für den Neubau dazuzugeben. Der nach eingehenden Beratungen ausgewählte Entwurf wurde allerdings nicht realisiert, weil ein von der Stadtverordnetenversammlung beschlossener Kostendeckel in Höhe von 24 Millionen Euro trotz einiger Ausstattungskorrekturen nicht hätte eingehalten werden können. Es war die Rede von über 30 Mio. Euro die der Bau kosten würde. Oberbürgermeister Sven Gerich hat erst kürzlich noch einmal an diese politisch gewollte Kostenbegrenzung erinnert. Da hatte man schon mehr als 2 Mio. für Planungskosten ausgegeben.

Fragen:

Sollen all diese Vorarbeiten und Beschlüsse nun einfach beiseitegeschoben und als gegenstandslos betrachtet werden?

Was hat das jetzt praktizierte Vorgehen mit einem geordneten und transparenten Verfahren zu tun? Wo und wie kann die Stadtgesellschaft ihre Vorstellungen in die anstehende Debatte einbringen?

Kann das Architekturbüro, dessen Entwurf ehemals ausgewählt wurde, am Ende eine Entschädigung wegen des entgangenen Auftrages geltend machen? Falls „Ja“, welche finanziellen Belastungen für die Stadt ergeben sich hieraus?

Nun hat die Stadt das für das Stadtmuseum vorgesehene Filetgrundstück in der Wilhelmstraße am Rand des historischen Fünfecks ohne Ausschreibung, ohne Vorlage und ohne Wertermittlung in einer Nacht-und-Nebel-Aktion an die OFB Projektentwicklungs GmbH zu einem marktunüblich günstigen Preis von 930 Euro pro qm für insgesamt 14,5 Mio Euro veräußert und dies unter dem euphemistischen Begriff „Verantwortung für Wiesbaden“ von großen Koalition in der Stadtverordneten kurz vor Weihnachten 2012 beschließen lassen. Mit dem Geld will sie eine Schule bauen und andere sanieren. Sie hat aber mit dem Verkauf die eigene Planungshoheit

für dies städtebaulich wichtige Areal preisgegeben. Ihren Lieblingen schenken die Götter alles, die Freuden und die Leiden ganz. Die OFB „schenkt“ ja wie wir gehört haben der Stadt ein Museum. Glück gehabt. Das hätte auch anders kommen können und die OFB hätte neben Wohnungen, die sie auf dem restlichen Areal reichlich plant, auch noch einen schnöden Hotelbau hinsetzen können. Der Investor revanchiert sich also für das Entgegenkommen mit dem Angebot eines Museumsbaus der Sonderklasse und hat dafür den Stararchitekten Helmut Jahn gewonnen, der zwar das Museumskonzept nicht kennt, aber immerhin mal einen Spaziergang durch Wiesbaden gemacht hat und – wie er versichert –, sich dabei alles ganz genau angesehen hat. Er konnte nun bei der Pressekonferenz am 15.4.2014 einen Entwurf von drei Seiten zeigen, dessen Kern ein großer Raum von 24 mal 32 Metern ist – ohne Stützen! – in dem die Wiesbadener Jugend Party feiern kann. Denn davon ist der Stararchitekt überzeugt, ohne Party kommen keine Leute ins Museum. Und nun kommen die Leiden, das Geschäftliche, eingebracht von Geschäftsführer der OFB, Dr. Alois Riehl: Die OFB habe immerhin „bedingungsfrei“ ein Grundstück erworben und nun der Stadt ein Angebot gemacht für ein Gebäude, das mehr sei als ein Museum. Das auch für Eventmanager interessant sei. Und man habe sich überlegt, was kann denn die Stadt Wiesbaden so zahlen? Sie kann 2 Mio. kalt zahlen, so schätzt die OFB, und man hört von einer Steigerungsklausel von 1,5 % pro Jahr. Der Vertrag soll 29 Jahre laufen, dann soll der Stadt ein funktionsfähiges Gebäude übergeben werden. Bis dahin hat sie aber über 70 Mio. Euro an Miete gezahlt! Das findet Frau Stadträtin Scholz ganz normal. Wenn man eine Wohnung für 1000 Euro monatlich miete, habe man doch auch nach 30 Jahren die Summe für ein Einfamilienhaus gezahlt. Baukosten seien doch etwas anderes als Miete, das müsse doch jeder verstehen und, so versichert sie im Radio-Interview, das verstünden die Leute auch, wenn man ihnen dies nur geduldig erkläre. Anders könne die Stadt das Projekt eben nicht finanzieren, einen Plan B gebe es nicht, wenn dieses Projekt abgelehnt wird, gebe es kein Museum mehr – es sei die letzte Chance.

Fragen:

Ist hier nicht ein frappantes Ungleichgewicht von städtischem Geben und privaten Nehmen zu konstatieren? Ist der private Investor überhaupt noch bereit, über die finanzielle Größenordnung des von vorgeschlagenen Neubau-Vorhabens mit sich reden zu lassen oder braucht er das vor dem Hintergrund des „bedingungsfreien“ Erwerbs des Grundstücks gar nicht mehr?

Handelt es sich bei dem zur Debatte stehenden Mietzins um eine reine Kaltmiete? Falls „Ja“ – mit welchen zusätzlichen Betriebskosten ist pro Jahr zu rechnen? Wie und nach welchen Kriterien entwickelt sich die Miethöhe während der Laufzeit des Mietvertrages? Welches zusätzliche Kostenrisiko könnte hieraus für die Stadt erwachsen?

1,5% höhere Miete pro Jahr würden nach 29 Jahren einen Mietpreis von rund 3 Mio. EURO im letzten Jahr ausmachen. **Die gesamten Mietzahlungen in den 29 Jahren Laufzeit summierten sich dann auf ca. 73 Mio. EURO.**

Es drängt sich die Frage auf, was würde demgegenüber ein von der Stadt selbst finanziertes Stadtmuseum kosten?

Hier ein Finanzierungsbeispiel von 24 Mio. EUR über 29 Jahre bei 1% für einen Kommunalkredit: Bei einer Tilgungsrate von 3% und einem Zinssatz von 1% würden für die 24 Mio. EURO für das Stadtmuseum **960.000 EURO pro Jahr an Zins und Tilgung innerhalb von 29 Jahren anfallen**. Der Gesamtaufwand für 24 Mio. EURO Kommunalkredit läge dann bei ca. 27,5 Mio. Euro.

Unberücksichtigt dabei sind die bereits im Haushalt eingestellten Millionen für das geplante Stadtmuseum und die zugesagten Landesmittel, um die sich der sich der benötigte kommunale Kredit reduzieren würde.

Zu berücksichtigen ist auch, dass im Jahn-Entwurf nach Aussage von Frau Stadträtin Scholz keine Depoträume vorgesehen sind. Welche Depotkosten fallen außerdem an?

Der Jahn-Entwurf präsentiert eine denkbare bauliche Hülle für das geplante Stadtmuseum. Ist diese Hülle bereits passgenau auf die Anforderungen eines künftigen Museums zugeschnitten und beinhaltet die Kostenkalkulation des Entwurfs alle museumstypischen Installationsextras (Feinregulation der Temperatur, Feuchtigkeit und Belichtung von Ausstellungsräumen und Lagerflächen, Traglastgewährleistung und Stromanschlüsse für bewegliche Installationen etc.) – Nach Aussagen von Stadträtin Scholz und Dr. Blisch sind das alles Fragen der Feinplanung, die noch zu lösen seien. Welche zusätzlichen Kosten können hierbei entstehen?

Eine leere Hülle macht wenig Sinn. Und: Wer großen Wert darauf legt, dass die Hülle nicht nur den Erwartungen der Wiesbadener Stadtgesellschaft entspricht, sondern

national oder gar international für Furore sorgt, der muss in diese funkelnde Fassung auch ein entsprechendes Museum einfügen.

Man weiß heute, dass Dauerausstellungen wichtig sind, der eigentliche Publikumsmagnet sind jedoch Wechselausstellungen zu sorgsam ausgewählten Themen in dramatischer Inszenierung. Soll der Ausstellungsbetrieb des geplanten Stadtmuseums dann auch die nationale und internationale Aufmerksamkeit erreichen, wie es dem Jahn-Bau und dem exklusiven Ort entsprechen würde, dann lässt sich dies wohl nicht mit einer schlichten Fortschreibung des bisherigen Programms des Projektbüros bewerkstelligen.

Auch das vorliegende Museumskonzept ist ein wenig in die Jahre gekommen, es müsste sowohl inhaltlich als auch was die Formen der Präsentation betrifft, überarbeitet werden. Insofern scheint absehbar, dass der bisherige Haushaltsansatz für die Arbeit des Stadtmuseums erheblich angehoben werden müsste.

Fragen:

Mit welchem zusätzlichen Finanzvolumen will man das Stadtmuseum ausstatten, damit es mit seinen Wechselausstellungen nicht nur die örtliche Erinnerungsarbeit bewältigen, sondern auch mit Spektakulären punkten kann wie der prestige-trächtige Jahn-Bau vorgibt?

Wo sollen die erheblichen Mittel von jährlich mehreren Millionen Euro für ein Stadtmuseum nach diesem Finanzierungskonzept herkommen?

Aus dem Kulturetat? – Das besteuert Frau Staträtin Scholz. Dass sie an ihrem eigenen Haushalt sparen soll, sei ihr neu, so vorgestern in der Presse.

Droht außerhalb des Kulturetat eine Streich-Orgie städtischer Zuwendungen? Wenn „Ja“ – wo genau? Oder lautet die Devise „Erst wird bestellt, über die eigene Zahlungsfähigkeit macht sich die Politik Gedanken, wenn die ersten Rechnungen ins Haus flattern und wenn es für eine Kurskorrektur zu spät ist“?

Diese Fragen machen deutlich: Eine Umsetzung des Jahn-Baus würde die Stadt Wiesbaden mit einem Kostenblock belasten, der nur schwer zu stemmen ist und der den Haushalt des Kulturdezernats und der Stadt Wiesbaden auf Jahrzehnte einem gewaltigen Druck aussetzt.

Selbst wenn andere Geldquellen aufgetan werden könnten und es gelinge, einen Teil der Belastungen anderen Bereichen aufzubürden, gilt: Die Spar-Schraube würde nach und nach immer härter angezogen werden müssen.

Man mag diese Befürchtungen als übertrieben ansehen, und es wäre schön, wenn es so wäre. Aber das Beispiel unserer Nachbarstadt Frankfurt zeigt, unter welchen Druck der Kulturbetrieb einer Stadt geraten kann. Es hat nicht gereicht, dass das Theater am Turm geschlossen und das Ballett ausgelagert wurde. Die Kürzungssorgie geht weiter, jetzt soll das Institut für Stadtgeschichte mit dem Archäologischen Museum zusammengelegt werden. Der Kulturbetrieb gerät unter solchen Umständen in Dauerstress und wird zum Ort vielfältiger Frustrationen und wird seinem eigentlichen Ziel, den Menschen Räume der Reflexion und Erkenntnis zu bieten, entfremdet.

Es stellt sich die Frage, wieso begibt sich die Stadt Wiesbaden in eine solche Zwangslage?

Das Schaffen von Zwangslagen, auch „Sachzwänge“ genannt, ist typisch für heutige PPP-Projekte. Im Fall des Stadtmuseums Wiesbaden ist man besonders erfindungsreich. Man verkauft ein Filetgrundstück, weil man angeblich in kurzer Frist bis 2015 eine Schule neu bauen muss und dafür Geld braucht. Wenig später stellt sich heraus, dass man mit dem Einbau von Feuermeldern den Betrieb der Schule ohne weiteres bis 2018 – vielleicht auch noch länger – sicherstellen kann. Es wurde also übertriebene Eile an den Tag gelegt. Auf diese Weise hat man in Bezug auf das Stadtmuseum eine Zwangslage geschaffen, weil man der OFB das Grundstück bedingungslos überlassen hat, sich also deren Bedingungen für den Bau eines Stadtmuseums nun fügen muss. Die OFB hat sofort nach Abschluss des Geschäfts mit dem Grundstück verlauten lassen, sie baue ein Museum nur dann, wenn es sich für sie rechne. Das tut es nun wohl, mehr als ein Hotelbau, der mit wesentlich größeren Risiken behaftet wäre. Handlungsalternativen sind scheinbar ausgeschlossen. Auch der OB, der mit dem Slogan angetreten ist: „Die Stadt ist kein Konzern“ scheint entlastet, sein Handeln ist ja alternativlos. Er kann ja nichts dafür, dass kein Geld da ist. Die Stadt muss nun tun, was die OFB von ihr will, sonst ist ein Stadtmuseum an der Wilhelmstraße gestorben und das würde auch einen enormen Imageverlust für die beteiligten Politiker bedeuten. Die drohende Blamage – das sollte man nicht unterschätzen –, übt damit einen ganz eigenen Zwang aus.

Fragen:

Ist die Stadt denn wirklich in dieser Zwangslage, die die beteiligten Politiker vorgeben?

Gibt es nach dem Verkauf des Grundstücks an der Wilhelmstraße wirklich keine Alternativen für ein Stadtmuseum?

Da gibt es doch zum Beispiel das geschichtsträchtige Gebäude des Alten Gerichts an der Oranien- bzw. Moritzstraße. Es beherbergt 116 Räume und 7 Sitzungssäle. Der größte und prachtvollste Raum ist der 200 qm große Schwurgerichtssaal im ersten Stock. Das Gebäude steht leer, das heißt, es wird zur Zeit als Galerie für Ausstellungen genutzt und Künstler können hier gegen eine geringe Miete Räumlichkeiten auch als Werkstätten nutzen. Allerdings nur im Sommer, denn das Gebäude wird nicht mehr geheizt.

Der gesamte denkmalgeschützte Komplex mit prachtvollen Räumlichkeiten und herrlichen Treppenaufgängen ist eine Liegenschaft des Landes Hessen. Die European Business School (EBS) hatte die Immobilie in Erbpacht übernommen und wollte hier eine „Law School“ errichten. Von diesen Plänen hat sich die EBS nun wegen finanzieller Schwierigkeiten endgültig verabschiedet.

Der Bebauungsplan weist das Areal als „Sondergebiet für Bildung/Forschung“ aus. Die Hochschule Fresenius überlegt ihre Fachbereiche „Wirtschaft und Medien“ und „Mode und Design“ von Idstein nach Wiesbaden zu verlegen und möchte einen Neubau auf dem derzeit als Parkplatz genutzten Gelände errichten. Am Gebäude des Alten Gerichts hat sie jedoch kein Interesse.

Hier gibt es also ein ein Areal, über das Stadt und Land die Planungshoheit haben. Die Möglichkeit, das Stadtmuseum im Alten Gericht unterzubringen, hatte auch der Ortsbeirat Mitte vor einem Jahr in einem Antrag an den Magistrat aufgezeigt.

Die Einrichtung des Stadtmuseums – eventuell auch des Stadtarchivs – im Gebäude des Alten Gerichts hätte große Vorteile: Es gibt im Kellergeschoss weitläufige Depots. Die vielen kleinen, durchgängigen Räume sind für Ausstellungen gut geeignet und die repräsentativen Säle stünden für kulturelle Veranstaltungen der Öffentlichkeit zur Verfügung. Mittel für die Entwicklung des Gerichtsareals sind bei Stadt und Land bereits vorgesehen, es ist von ca. 30 Mio. Euro die Rede.

Anträge seitens des Ortsbeirats Mitte und der Fraktion Linke & Piraten im Stadtparlament diese Möglichkeit wenigstens zu prüfen, wurden bisher von der großen Koalition abgelehnt. Das Thema wird geradezu tabuisiert.

Nun zum Inhalt des geplanten Stadtmuseums, zu seiner Bedeutung für die Stadtgesellschaft.

Geschichtsvergessenheit kann sich Wiesbaden, wie andere Gemeinden auch, nicht leisten. In Wiesbaden kommt noch der Aspekt der Bewerbung als Weltkulturerbe hinzu. Ohne ein Museum für Stadtgeschichte kann die Stadt das vergessen, so äußert sich z. B. auch der Direktor des Museums Wiesbaden, Dr. Alexander Klar.

Die Kulturlandschaft der Stadt Wiesbaden ist breit angelegt und vielfältig. Den historischen Aspekten der Stadtteilkultur widmen sich vor allem Heimatvereine. Engagierte Arbeit leisten auch das „Frauenmuseum“ und das „Aktive Museum Spiegelgasse“.

Die „Artothek“ und die „Kunstarche“ – um nur zwei beispielhafte Akteure zu nennen - stehen für das Bemühen, Zeugnisse des lokalen und regionalen bildnerischen Schaffens für kommende Generationen zu bewahren.

Viele Familien verdanken ein Teil ihres Zusammenhalts und Selbstverständnisses der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte.

Keiner dieser Blickwinkel der Rückbesinnung und Selbstversicherung ist belanglos oder verzichtbar. Gleichwohl gilt es Orte zu erhalten und auszubauen, an welchen daran gearbeitet wird, die unterschiedlichen Blickwinkel der Geschichtsbetrachtung zusammenzuführen. Einrichtungen wie das „Projektbüro Stadtmuseum“, das „Stadtarchiv“ oder die „Leitstelle Weltkulturerbe“ bemühen sich nach Kräften, diesen Herausforderungen zu entsprechen.

Ein angemessen untergebrachtes und ausgestattetes Stadtmuseum könnte die Erforschung, Sicherung und Vermittlung des „Woher“ unserer Stadtgesellschaft sicher einen guten Schritt voranbringen und wird deshalb bereits seit Jahrzehnten gefordert.

Allerdings sollte eine solche zentrale Einrichtung eine **Ergänzung** der vielen authentischen Orte der Rückbesinnung bilden. Ein Stadtmuseum kann und darf diese dezentralen Werkstätten der Erinnerungsarbeit nicht ersetzen oder verdrängen - sonst droht ein Verlust an der Vielfalt der Perspektiven.

Oberbürgermeister Sven Gerich hat versprochen, den ausufernden und alles an sich reißenden „Konzern Stadt“ in seine Grenzen zu weisen und der Stadtgesellschaft wieder zu mehr Geltung und Selbstbestimmung zu verhelfen. Dies war ein wichtiges Versprechen!

Der ehemalige CDU-Kulturdezernent Peter Riedle hat durchgesetzt, dass „authentische Orte“ der Erinnerung geschaffen werden, um die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit breit zu verankern und wach zu halten.

Die ehemalige Kulturdezernentin Margarethe Goldmann hat die Stadtteilkultur und Anstrengungen der Zivilgesellschaft, sich ihrer Herkunft aus eigener Kraft bewusst zu werden, einst aus ihren engen Nischen befreit und ihnen weite Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet.

Es besteht nun die Gefahr, dass mit der Umsetzung des Jahn-Entwurfs für den Neubau des Stadtmuseums all dies zunichte gemacht werden könnte, der gute Zweck des Stadtmuseums in sein Gegenteil verkehrt werden und eine gravierende Umorientierung der bisherigen stadtgeschichtlichen Initiativen erfolgen könnte.

Eine glitzernde Konzernzentrale der Geschichtsinszenierung, eine Event-Maschine, die alles an sich zieht: Geld, Exponate und Deutungshoheit – eine Horrorvorstellung für HistorikerInnen, ob Profis oder Laien, zumal wenn sie aus dem Umfeld der Geschichtswerkstätten mit Leitsätzen wie „Grabe, wo du stehst“ und „Geschichtsbetrachtung von unten“ und Alltagsgeschichte kommen.

Hat Frau Stadträtin Scholz hier das nötige Problembewusstsein?

Obendrein soll die an einer Stelle konzentrierte Geschichtsdarstellung von einer Institution geleistet werden, in der über Kurz oder Lang eine Stiftung das Sagen haben soll, die der Kontrolle durch die Stadtverordnetenversammlung weitgehend entzogen ist.

Es ist die Rede einer sog „Zuwendungsstiftung“, das heißt sie bringt kein eigenes Vermögen ein, sondern bleibt dauerhaft auf städtische Zuwendungen angewiesen. Der eigentliche Sinn einer Stiftung, privates Vermögen als Ausstattung für gemeinnützige Zwecke einzubringen, ist hier nicht vorhanden. Es fragt sich daher, welchen Sinn eine Stiftung überhaupt haben soll, deren Haushalt vom Stadtparlament beschlossen wird, das dann keinen Einfluss auf deren Tätigkeit hat. Welche immense politische Bedeutung einem Stadtmuseum mit solcher nur von einer kleinen Elite gesteuerten Deutungshoheit beigemessen wird, kann man daraus ersehen, dass die CDU-Kulturdezernentin alles daran setzt, einen ihr genehmen Museumsdirektor ins Amt zu heben. Der Vorsitzende des Fördervereins Stadtmuseum, Baumgartner, lässt tief blicken, wenn er in der Presse zu verstehen gibt, dass er die öffentliche Ausschreibung der Stelle des Museumsdirektors wünsche, weil er damit die Hoffnung verbindet, einen Museumsleiter zu finden, der – so wörtlich: „... unabhängig ist und nicht bei jeder Presseanfrage um Erlaubnis seiner Dezernentin fragen muss.“ Das müssen die Bediensteten der Dezernentin nämlich. Kein noch so qualifizierter Kulturschaffender in städtischen Diensten kann seine Meinung in der Öffentlichkeit frei äußern.

Es stellt sich nach all dem die eher Frage, welche Möglichkeiten bleiben Stadtgesellschaft noch ihre Fragen an die Geschichte einzubringen und Einfluss auf die Aneignung von Geschichte zu nehmen?

Die Wiesbadener Öffentlichkeit muss endlich umfassend informiert, statt mit Renommierprojekten geblendet werden.

Es muss Vorsorge getroffen werden, damit jetzt keine Fakten geschaffen werden, die sich nachträglich nicht mehr korrigieren lassen.

Deshalb muss man jetzt sehr genau überlegen, wo sich überhaupt noch ein Ansatzpunkt findet, um dem Selbstlauf der von der Öffentlichkeit abgeschotteten Verhandlungen von privatem Investor und Kommune Einhalt zu gebieten.

Im parlamentarischen Raum könnten da zwei Forderungen sinnvoll sein:

- Das Kulturdezernat muss offenlegen, wie es die Gegenfinanzierung des teuren Jahn-Baus bewältigen will – und das nicht erst bei den nächsten Haushaltsberatungen, sondern ohne weiteren Verzug, weil sich sonst das Risiko zuspitzt, dass dem Investor längst des Ja-Worts der Stadt sicher ist, obwohl diese gar nicht weiß, woher die Mittel für das teure Unterfangen nehmen soll.
- Sowohl für den Aufbau wie für den laufenden Betrieb des Stadtmuseum muss von der Stadtverordnetenversammlung ein vertretbarer Kostendeckel festgesetzt werden. In Sachen reine Baukosten sollte sich diese Deckelung an den bisherigen Vorgaben orientieren.